

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.64120

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Archives ›secrètes‹, secrets d'archives? *Historiens et archivistes face aux archives sensibles*, sous la direction de Sébastien LAURENT, Paris (CNRS Éditions) 2003, 288 S. (CNRS Histoire).

Frankreich braucht eine grundlegende Reform seiner Archivgesetzgebung. Das ist vorweggenommen das Fazit dieses Sammelbandes zu einer Tagung, die im Juni 2003 in Paris stattfand. Archivare, Konservatoren, Kustoden und Historiker tragen ihre Sichtweisen, Erfahrungen und ihre Kritik an den Zugangsbedingungen französischer Archive zusammen. Ihnen gegenüber stehen die Perspektiven der Archivbenutzer. Dem Eingangswort von Sébastien LAURENT zufolge war es das erklärte Ziel der Konferenz, gemeinsame Überlegungen zur derzeitigen Lage der Archive im Hinblick auf den Archivzugang und auf den Geheimnis- oder anders gesagt Vertrauensumgang mit den Dokumenten anzustellen. Dabei wird besonders auf die zunehmende Rolle der Zeitgeschichte in den letzten dreißig Jahren hingewiesen, bei deren Erforschung die Zugangsprobleme zu den Archiven überwiegend auftreten. Diese Bedeutungszunahme spielt sich nicht allein im universitären und wissenschaftlichen Forschungsbereich ab, sondern auch in der öffentlichen Wahrnehmung. In der Folge nehmen die Historiker die Archive nicht mehr nur als kritisch zu betrachtendes Arbeitsmaterial wahr, sondern beleuchten auch den für ihre Arbeit wesentlichen Aspekt des Archivzugangs: Die Archive selbst sind Forschungsgegenstand geworden. Laurent sieht somit den Band auch als Fortsetzung der gemeinsamen wissenschaftlichen Auseinandersetzung von Historikern und Archivaren mit den Rahmenbedingungen ihrer Zusammenarbeit. Dabei finden sich viele Forderungen nach einer vereinheitlichenden sowie breit und umfangreich angelegten Reform der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Archivierung in Frankreich. Es fehlt an einer stringenten Archivpolitik.

So vermißt Vincent DUCLERT eine zusammenhängende und umfassende Archivpolitik in Frankreich seit 1991. Er sieht eine zeitliche Koinzidenz: Die Diskussionen und Polemiken um die ›archives sensibles‹ entstanden unter anderem, weil eine grundlegende Archivpolitik fehlte. Der Beitrag ist einer der kritischsten des Bandes. Er spricht von einer generellen Krise der Archive und sieht deren Hauptgrund darin, daß die staatlichen und politischen Institutionen die Bedeutung der Archive nicht anerkennen. Für Duclert ist ein frei zugängliches Archiv ein Zeichen für einen funktionierenden demokratischen Staat, ein Ort der Repräsentanz demokratischer Politik. Die öffentliche Hand leugnet aber die politische Dimension und Bedeutung der Archive. Darin besteht das Versagen des Staates, der Regierungen und des Parlamentes, aber auch der ›intelligence publique‹, der Medien und der Presse. Hinzu kommen eine materielle Unterausstattung und eine gewisse Gleichgültigkeit der Politik gegenüber der Situation der Archive. Duclerts Meinung nach wurden viele Ankündigungen und Versprechen seitens der Politik zur Verbesserung der unübersichtlichen und verwirrenden Archivgesetzgebung gemacht, Kommissionen gebildet und Berichte angefertigt (wie z. B. der von Guy Braibant von 1996), aber nichts oder nur wenig davon umgesetzt. Eine Lösung der Archivkrise wäre nur durch eine konsequent umgesetzte, umfassende Archivpolitik möglich. Den Begriff der ›archives sensibles‹ hält er für von Gesetz, Praxis und öffentlichen Diskussionen konstruiert, für ein Symptom der Archivkrise. Statt eine Gesamtlösung in Form der geforderten Gesetzesreform zu erarbeiten, also die eigentliche Ursache der Archivkrise zu beheben, wird den ›archives sensibles‹ eine Sonderrolle zugewiesen; Ursache und Symptom werden Duclerts Meinung nach vertauscht. Ebenso sieht auch Hervé LEMOINE den freien Archivzugang als ein wichtiges Demokratieziel an, mit dem der Staat seinen Bürgern eine größtmögliche Transparenz seiner Arbeit bieten kann. Die Archivalien werden, so Lemoine, in jüngster Zeit immer stärker auch als juristische ›Beweismittel‹ in Streitfällen wahrgenommen.

Weniger kritisch stellen Martine DE BOISDEFFRE, Direktorin der Archives de France und Christine PÉTILLAT für das Centre des archives contemporaines den langsamen Prozeß der

Archivöffnung dar. Für de Boisseffre ist mit der »Dérogation générale«, der Generalöffnung von 1997 unter der Regierung Lionel Jospin, eine wesentliche Erleichterung des Archivzugangs erreicht worden. Dadurch wurden ganze Konvolutreihen wie beispielsweise die Reihe AJ 38 (Inventaire des archives du Commissariat aux questions juives du Service de restitution) zugänglich. Neben der Generalöffnung besteht die Möglichkeit einer »Dérogation individuelle«, einer Einzelerlaubnis für den Zugang zu bestimmten Archivalien vor Ablauf der Sperrfrist. Bei einer Ablehnung der Einzelerlaubnis kann der Antragsteller bei der *Commission d'accès aux documents administratifs* (CADA) Widerspruch einlegen. Pétilat geht auf die Archivorganisation und Archivierungsmethoden ein. Bei der Dokumentensammlung und Vorsortierung spielen die Vertretungen der Archives nationales in den einzelnen Ministerien eine wesentliche Rolle. Beginnend in den fünfziger Jahren konnte bis in die neunziger Jahre in allen Ministerien eine solche Vertretung installiert werden. Von einer anfänglich gleichgültig bis feindlich eingestellten Verwaltung hat sich im Laufe der Zeit eine gute und eingespielte Zusammenarbeit entwickelt. Inzwischen ist das Centre des archives contemporaines in Fontainebleau vom Ort der Zwischenarchivierung zu einem Dienstleistungszentrum für die historischen Archive geworden. Durch Abgabeprotokolle konnte die Aktenabgabe institutionalisiert und rationalisiert werden. So wurden am Ende der Amtszeit Jospin insgesamt 2000 Regalmeter Akten der Minister und Staatssekretäre abgegeben. Aus der Perspektive der Archivarin sieht Pétilat die Probleme nicht mehr im Archivzugang, sondern in der Verarbeitung großer Datenmengen, wie sie bei Regierungswechseln anfallen. Ein weiteres Problem sind die immer schneller werdende technische Entwicklung von Datenträgern und die Vielfalt von Technologien.

An zwei Beispielen lassen sich Widersprüche der gesetzlichen Vorgaben für den Umgang mit den Archivalien deutlich machen. Im von Nathalie GENET-ROUFFIAC genannten Fall aus dem Verteidigungsministerium verlangte die Unterabteilung des Kabinettsbüros im Verteidigungsministerium im Zusammenhang einer beantragten Einzelerlaubnis für Akten aus dem Zentralbüro des Geheimdienstes Algier eine »Déclassification«, eine gesonderte Freigabe durch die ursprüngliche Behörde. Diese war allerdings vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgelöst worden. Anscheinend sind juristisch gesehen die Einzelerlaubnis oder der Ablauf der Sperrfrist und die Öffnung des jeweiligen Archivs nicht gleichbedeutend mit der »Déclassification«. Eine weitere juristische Unterscheidung besteht zwischen der Abgabe der Akten seitens der Verwaltung an die Archive und dem Übergang des Besitzrechts. Diese Unterscheidung steht im Gegensatz zur Gesetzgebung in Ländern mit alter Archivtradition. Es ist markant, daß Genet-Rouffiac entgegen allgemeiner Meinung im Geheimnisstatus von Archivalien eine Art Garantie für die Aufbewahrung und sorgfältige Konservierung sieht und weniger die Gefahr der dauernden Unzugänglichkeit. Geheime Akten genießen einen besonderen archivalischen Schutz. Zudem sieht sie einen zunehmenden Widerspruch zwischen den Behörden, die einen restriktiveren Umgang mit den Akten befürworten, und der Politik der öffentlichen Archive, die eine Ausweitung unter dem Einfluß der Historiker, der öffentlichen Meinung und der Politik wünschen.

Auf Initiative des »Secrétariat général du gouvernement« wurde in den achtziger Jahren das »Protocole de versement«, ab 1986 »Protocole de remise« in den Ministerien eingeführt, wodurch die Akten als öffentliche Archivalien eingestuft wurden. Eine seitens der Verwaltung unabdingbare Voraussetzung zur Bereitschaft der Abgabe an die Archive war die vorherige Einteilung in frei zugängliche Aktenbestände und gesperrte Akten des »fonds privé du ministre«. Als Problem erwies sich, so Hervé LEMOINE, daß die Beamten des Verteidigungsministeriums die Akten des Ministers übervorsichtig nach eher formalen und weniger inhaltlichen Kriterien in öffentlich oder gesperrt einstufte. Somit wurden zunächst alle handschriftlich vom Verteidigungsminister kommentierten oder verfaßten Dokumente unzugänglich. Seit der Amtszeit von Verteidigungsminister Alain Richard werden die Dokumente aus seinem Ministerium als öffentlich zugänglich anerkannt, das Gesetz also auch umgesetzt.

Welche menschlichen Emotionen mit den ›archives sensibles‹ verbunden sind, schildert Caroline PIKETTY von der Section du XX<sup>e</sup> siècle des Centre historique des Archives nationales. Die Interessenabwägung zwischen dem freien Archivzugang und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte ist schwierig. Piketty verneint die Frage nach den ›geheimen‹ Archiven, bejaht jedoch die Frage nach den ›Geheimnissen der Archive‹. Deutlich macht sie diesen scheinbaren Widerspruch, indem sie zunächst den Prozeß der konsequenten Erschließung der Akten zur deutschen Besatzung darlegt. Ab Mitte der neunziger Jahre wurden Archivführer zu den einzelnen Sektionen der Dokumente nach und nach veröffentlicht. Dem Interesse des öffentlichen Zugangs stellt Piketty die Erfahrung einer Aktenanfrage eines siebzigjährigen Nachfahren eines unter der deutschen Besatzung enteigneten französischen Juden aus Israel entgegen. Bei der Recherche über seinen Vater konnten einzelne Akten nicht am Standort im Archiv entnommen werden, da sie gerade von einem Wissenschaftler eingesehen wurden. Piketty mußte dem sichtlich irritierten und sehr bewegten Mann erklären, daß es nach der ›Dérogation générale‹ möglich ist, diese personenbezogenen Unterlagen über seinen Vater auch ›Fremden‹ zugänglich zu machen. An diesem Beispiel wird sehr gut deutlich, wie sensibel der Umgang mit Archiven im Einzelfall sein kann, was der Begriff ›sensible‹ bedeuten kann.

Auf ganz unterschiedliche Aspekte kann hier nur kurz hingewiesen werden. Erstaunlich war die ausbleibende Nachfrage nach Dokumenten über den Algerienkrieg in der Historischen Abteilung des Heeres und die daraus folgende Schließung des Lesesaals zwei Jahre nach seiner Öffnung, wie es Thierry SARMANT darstellt. Das bis 1993 unterentwickelte archivalische ›Fürsorgeempfinden‹ bei der Kommunistischen Partei Frankreichs führte dazu, daß in den Archiven Lücken entstanden sind, weil Datenträger überschrieben und wiederverwendet wurden. Die Bedeutung von Akten als Teil der Weltkriegsgeschichte zeigen Aktenbestände der Sûreté nationale, die 1943 zu Kriegsbeute der deutschen Besatzungsmacht und nach 1945 bis 1990 zum politischen Pfand Rußlands wurden.

Im Anhang des Bandes finden sich eine ausführliche Bibliographie sowie die für die öffentlichen Archive zentralen Gesetzestexte und Erlasse ab 1997. Sie stellen eine wichtige Ergänzung zu den einzelnen Beiträgen dar, in denen auf eine Vielzahl von rechtlichen Vorschriften verwiesen wird.

Nahezu alle Beiträge fordern neben rechtlicher Klarheit eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Archive. Die einzelnen Beiträge beschränken sich nicht auf eine bloße Beschreibung und Vorstellung einzelner Archive, sondern liefern die teils sehr politische Geschichte der Aktenbestände, aber auch einen Einblick in die politische Befindlichkeit Frankreichs. Dies besonders dann, wenn nicht mehr nur von einer Archivkrise die Rede ist, sondern von einer Krise der politischen Institutionen. Bemerkenswert ist der mehrfache Hinweis darauf, daß öffentlich zugängliche Archive der Beleg einer demokratischen Politik seien. Somit wird mit der Kritik am Archivzugang auch Kritik am Demokratieverständnis der staatlichen Eliten geübt. Deutlich wird der Interessenkonflikt der Archive zwischen dem Schutz der Persönlichkeitsrechte, der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und dem Interesse am öffentlichen Zugang zu den Archiven. Der Sammelband kann auch als Werbung für kleinere, unbekanntere Archive, die aus verschiedenen Gründen aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit oder der Fachleute herausfallen, verstanden werden.

Die Vertreter der Archive weisen zwar zu Recht darauf hin, daß in den neunziger Jahren wesentliche Verbesserungen beim Archivzugang erzielt wurden, es bleibt aber abzuwarten, ob weiterhin Sperrfristen von mindestens 60 Jahren bis zu 150 Jahren bestehen bleiben und der umständliche und zeitraubende Weg der Einzelerlaubnis beschritten werden muß. Die Autoren fordern ein Bekenntnis der Politik und der Medien und Presse zum Wert der Archive für die Kultur der Demokratie und des Staates. Gefordert wird die Anerkennung der Archive als ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Felix SCHRÖDER, Berlin